

Mitteilung Nr. MIT-		
zur Anfrage nach § 39 GStVV des Stadtverordneten der Fraktion vom Thema:	FS –14/2016 Hauke Hiltz FDP 19.08.2016 Investorenmodell für KiTas (FDP)	
Beratung in öffentlicher Sitzung:	Ja	Anzahl Anlagen: 0

I. Die Anfrage lautet:

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie gedenkt der Magistrat den gestiegenen Bedarf von 240 zusätzlichen Betreuungsplätzen in den Bremerhavener Kindertagesstätten kurz- und mittelfristig zu decken?
2. Welche finanziellen Möglichkeiten sieht der Magistrat zur Schaffung neuer Kita-Plätze mit kommunalen Mitteln?
3. Wie will der Magistrat zusätzliche Mittel von privaten Investoren, vom Land oder vom Bund gewinnen, um die fehlenden KiTa-Plätze zu schaffen?

II. Der Magistrat hat am ... beschlossen, auf die obige Anfrage wie folgt zu beantworten:

1. Das Amt für Jugend, Familie und Frauen hat konkrete Möglichkeiten zur Ausbauplanung für kurzfristig 60 Plätze vorgelegt, davon wurden bereits die Maßnahmen für 40 Plätze im entsprechenden Ausschuss für Jugend, Familie und Frauen zur Kenntnis genommen. Bezüglich eines weiteren kurzfristigen Ausbaues von konkret 20 Plätzen bestehen noch Verhandlungen.

Darüber hinaus werden Gespräche mit den freien Trägern der Wohlfahrtspflege geführt, um entsprechende weitere Ausbauplanungen zu erörtern.

Mittelfristig besteht zudem ein Konzept, in Geestemünde eine weitere Einrichtung mit 40 Plätzen in einem bestehenden Gebäude als Dependance zu einer städtischen Kindertageseinrichtung zu schaffen. Hier sind Planungsprozesse eingeleitet.

Weiter erste konkrete Planungen bestehen zurzeit in Kooperation mit der Stäwog für den weiteren Ausbau von mindestens 40 Plätzen.

* Unzutreffendes bitte streichen

Zu 2:

Die erforderlichen zusätzlichen Mittel für einen bedarfsgerechten Ausbau der Kindertagesstättenangebote sind im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2016/2017 in der Mehrbedarfsmeldung des Amtes für Jugend, Familie und Frauen aufgegeben worden, da das Dezernat III in die Lage versetzt sein muss, neben den erforderlicher investiven Kosten die laufenden Betriebs- und Personalkosten dauerhaft sicherstellen zu können.

Zu 3.

Die Mitglieder des Magistrats führen Gespräche mit dem Städtebund und dem Land Bremen, um auf die fehlenden investiven Mittel zum Kita – Ausbau hinzuweisen.

Für investive Maßnahmen besteht die Möglichkeit der KFW – Kredite.

Zudem werden Verhandlungen mit weiteren Investoren - wie gemeinnützigen Wohlfahrtsverbänden, Wohnungsbaugesellschaften - geführt.

Neben den konkreten Planungen mit der Stäwog wurden auch mit der Gewoba Bremerhaven entsprechende Gespräche geführt. Ein positiver Bescheid zur Umsetzung konnte in Bremen jedoch noch nicht gefasst werden.

Grantz
Oberbürgermeister